



**Mit dem Asylkompromiss 2.0 schaffen Sie das Grundrecht auf Asyl faktisch ab. Bitte stimmen Sie nicht zu!**

**Am Dienstag, dem 6. Juni, übergeben wir einen Offenen Brief an die politischen Parteien in Marburg. Wer will uns begleiten?**

Marburg, 06.06.2023

**Sehr geehrte Mitglieder der Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU,**

Heute richten wir uns mit einem dringenden Appell an Sie und Ihre Parteikolleg\*innen. Konkret geht es um die geplante **Verschärfung des europäischen Asylrechts**, kurz den „Asylkompromiss 2.0“, der am 08.06. verhandelt werden soll.

Seit geraumer Zeit schon plant die EU, zentrale Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen einzuführen. Die Idee dahinter ist, schutzsuchende Menschen bereits an den Außengrenzen abzufangen und sie dann bis zu einer Prüfung des Asylgrundes zu inhaftieren. Immer wieder wird dabei die angebliche Effizienz eines solchen Verfahrens, unter anderem von rechten Politiker\*innen, betont. Doch bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist völlig klar: Diese Verfahren werden zu keiner Verbesserung der Lage von Geflüchteten beitragen.

**Ganz im Gegenteil:** die sogenannten EU-Grenzverfahren werden zu einer **systematischen Inhaftierung** in Lagern führen und einen fairen und rechtstaatlich abgesicherten Asylprozess unmöglich machen. Stattdessen wird es zu einer weiteren Zunahme erheblicher **Menschenrechtsverletzungen** und **willkürlichen Abschiebungen** in unsichere Dritt- und Herkunftsstaaten kommen. Kurz: Es wird faktisch quasi unmöglich sein, Asyl in Europa zu beantragen oder erhalten.

Das Recht auf Asyl für politische Verfolgte ist eigentlich ein Grundrecht eines jeden Menschen. So sieht es auch die **Genfer Flüchtlingskonvention** vor: Laut Artikel 31 dürfen Staaten geflüchtete Menschen, die nach geltendem Gesetz unrechtmäßig in den jeweiligen Staat eingereist sind, nicht bestrafen. Somit dürften sie auch geflüchtete Menschen nicht einfach inhaftieren oder in Lagern auf unbestimmte Zeit festhalten. Doch all das passiert in der EU, und vor allem an ihren Außengrenzen, jeden Tag.

Nun zu hören, dass die Ampelkoalition wohl vorhat, unter Führung von Innenministerin Nancy Faeser diesen geplanten Verordnungen für ein **Gemeinsa-**

**mes Europäisches Asylsystem (GEAS)** am 08. Juni zuzustimmen, ist absolut unfassbar und eine Katastrophe für alle Menschen, die sich auf der Flucht befinden. Damit droht nicht nur die schlimmste Asylrechtsverschärfung seit dem sog. „Asylkompromiss“ von 1993, sondern auch die **faktische Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl**.

Das darf nicht passieren, nicht in einer Europäischen Union, die sich die Einhaltung der Menschenrechte auf die Fahne schreibt und Trägerin des Friedensnobelpreises ist. Nicht in einer europäischen Union, die seit Jahren die Seenotrettung, rechtliche Verteidigung Geflüchteter und generell Menschen, die sich auf der Flucht befinden, im Stich lässt.

Wir fordern von den Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU und der deutschen Bundesregierung:

1. **Keine verpflichtenden Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen!**  
Die Verantwortung für die Durchführung von Asylverfahren bliebe sonst nämlich bei den Außengrenzstaaten. Dies würde zu starken Verzögerungen beim Zugang zum Schutz sowie zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen führen.
2. **Keine Absenkung der Anforderungen an „sichere Drittstaaten“!**  
Dieser Vorschlag ist unsolidarisch für andere Staaten und könnte besonders die Gefahr von völkerrechtswidriger Kettenabschiebungen in Herkunftsländer wie Syrien oder Afghanistan erhöhen. Doch auch andere Staaten, die als „sicher“ deklariert werden, sind alles andere als sicher!
3. **Keine Weiterführung des gescheiterten Dublin-Systems!**  
Das starre Dublin-System funktioniert nicht, ist unfair und unsolidarisch. Menschen sollten nicht monatelang auf Zugang zu Schutz warten müssen, genauso wenig, wie sie als Spielball innereuropäischer Machtkämpfe hinhalten sollten.
4. **Keine Zustimmung zu den geplanten Asylrechtsverschärfungen innerhalb der EU! Stoppen Sie das GEAS!**  
Es braucht endlich solidarische Aufnahmesysteme aller Mitgliedstaaten der EU und ein System, das die Rechte und Bedürfnisse der Schutzsuchenden stärker in den Mittelpunkt stellt – sodass international geltende Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten werden. Kein Mensch ist illegal!

### **Aus der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“:**

- **Artikel 1:** Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.
- **Artikel 3:** Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

- **Artikel 7:** Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.
- **Artikel 14:** Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

Wir hoffen inständig, dass Sie sich darauf besinnen, wem dieser Asylkompromiss 2.0 Vorteile verschafft und vor allem, für welche Personengruppe er ein wahr gewordener Albtraum wäre. Setzen Sie sich bitte auf jeder möglichen Ebene dafür ein, dass das Asylrecht bestehen bleibt. Stimmen Sie und Ihre Parteikolleg\*innen gegen die geplante Verschärfung. Machen Sie sich stark für die Menschen, denen kein Gehör geschenkt wird. Denn Menschenrechte gelten für alle Menschen, Punkt.

Mit freundlichen Grüßen

**Seebrücke Marburg**

**Gruppen und Einzelpersonen können  
diesen Offenen Brief mitunterzeichnen  
und am 6. Juni ab 14:00 Uhr  
bei der Übergabe an den Marburger Parteibüros  
dabei sein. Rückmeldung ab sofort bitte an  
[marburg@seebruecke.org](mailto:marburg@seebruecke.org)**